

## Pressemitteilung

veröffentlicht am: 12.01.2004

Klaus Buß neuer Vorsitzender der Innenministerkonferenz -  
Die zentralen Themenfelder sind Innere Sicherheit,  
Ausländerrecht und Modernisierung des Dienstrechts

Der schleswig-holsteinische Innenminister Klaus Buß ist in diesem Jahr Vorsitzender der Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK).



Er übernimmt den Vorsitz  
turnusgemäß von Thüringens  
Innenminister Andreas Trautvetter,  
der zur offiziellen Amtsübergabe am  
Montag (12. Januar) in Kiel war.  
Beide Politiker traten nach einem  
etwa zweistündigen Gespräch  
gemeinsam vor die Presse. Buß will

als IMK-Vorsitzender vor allem Themen aus den Bereichen  
innere Sicherheit, Katastrophenschutz, Ausländerrecht und  
öffentliches Dienstrecht in den Mittelpunkt der Frühjahrs-  
und Herbsttagung der Innenministerkonferenz stellen.

Im Einzelnen geht es um die bessere Bekämpfung der  
Kriminalität im Internet, die Verbreiterung der  
Anwendungsmöglichkeiten der DNA-Analyse, den Entwurf  
eines Luftsicherheitsgesetzes des Bundes, die gemeinsame  
Verantwortung und das koordinierte Vorgehen von Bund und  
Ländern beim Katastrophenschutz sowie um Fragen der  
Rückführung und des Bleiberechts von Irakern und Afghanen  
sowie um die Vereinheitlichung des Dienstrechts. Die  
Innenministerkonferenzen finden in diesem Jahr am 7. und 8.  
Juli in der Landeshauptstadt Kiel und am 18. und 19.  
November in der Hansestadt Lübeck statt.

### **Genetischer Fingerabdruck bei jeder erkennungsdienstlichen Maßnahme**

Der genetische Fingerabdruck soll nach Ansicht von  
Innenminister Klaus Buß bei jeder erkennungsdienstlichen  
Maßnahme genommen und molekulargenetisch untersucht  
werden können. "Der Beweiswert des DNA-Materials ist dem  
herkömmlichen Fingerabdruck und anderen  
Identifikationsverfahren weit überlegen", sagte Buß. Die  
Strafprozessordnung lasse den genetischen Fingerabdruck nur  
bei Straftaten von erheblicher Bedeutung zu, etwa bei Mord,  
Vergewaltigung oder besonders schwerem Diebstahl. Buß  
will sich als Vorsitzender der Innenministerkonferenz dafür  
einsetzen, dass die kriminalistischen Erkenntnismöglichkeiten

der DNA-Analytik ausgeschöpft werden.

### **Einheitliche IT-Verfahren bei der polizeilichen Vorgangsbearbeitung**

Buß sprach sich für möglichst einheitliche IT-Verfahren bei der polizeilichen Vorgangsbearbeitung aus. Möglichst einheitlich müsse auch die Software zur Unterstützung spezieller Ermittlungsverfahren sein. Der Minister rief seine Kollegen im Bund und in den Ländern auf, gemeinsame Standards und Rahmenbedingungen zu erarbeiten. Leistungsfähige und möglichst einheitliche Fachanwendungen seien notwendig, um die Arbeit der Polizei so effektiv wie möglich erledigen zu können.

### **Neues Luftsicherheitsgesetz zügig beraten**

Buß begrüßte den Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Luftsicherheitsgesetz. "Wir brauchen rechtliche Regelungen für den Einsatz der Streitkräfte zur Abwehr von unmittelbar bevorstehenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit aus der Luft", sagte der Minister. Für den Einsatz der Bundeswehr müsse das Grundgesetz nicht geändert werden. Buß hofft, dass das Luftsicherheitsgesetz im Bundestag und im Bundesrat zügig beraten wird.

### **Katastrophenschutz von Bund und Ländern verbessern**

Um die Sicherheit geht es auch in dem Konzept "Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland", das Bund und Länder nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 in den USA und der Flutkatastrophe an Elbe, Donau und Mulde erarbeitet haben. Philosophie der neuen Rahmenkonzeption ist die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern für außergewöhnliche Gefahren und Schadenlagen.

### **Gemeinsames Krisenmanagement**

Gefordert wird ein gemeinsames Krisenmanagement über föderale Grenzen hinweg. Hilfspotentiale des Bundes und der Länder sollen besser miteinander verzahnt werden. Notwendig sind neue Koordinierungsinstrumente, damit Bund und Länder insbesondere bei der gegenseitigen Information effektiver zusammenarbeiten können.

### **Standardisierte Gefährdungsabschätzungen**

Wie Buß sagte, sind noch erhebliche Anstrengungen auf allen Ebenen erforderlich, um das Konzept umzusetzen. Beispielsweise seien für den Aufbau von Spezialkräften und

die Verteilung von Einsatzmitteln standardisierte Gefährdungsabschätzungen in allen Ländern unabdingbar. Unter Federführung des Landes Schleswig-Holsteins werde zurzeit daran mit Nachdruck gearbeitet.

### **Rückführungskonzept für Iraker erarbeiten**

Die zwangsweise Ausreise von Irakern in ihre Heimat kommt nach Ansicht von Buß gegenwärtig nicht in Betracht. Gleichwohl sei es sinnvoll, dass Bund und Länder ein entsprechendes Rückführungskonzept möglichst zügig erarbeiten, falls man im Laufe des Jahres zu der Einschätzung kommen sollte, die Lage im Irak lasse eine Rückführung zu.

Buß appellierte an die in Deutschland lebenden irakischen Staatsangehörigen, sich aktiv am Wiederaufbau ihrer Heimat zu beteiligen. Die freiwillige Ausreise habe Vorrang vor zwangsweisen Rückführungen in den Irak. Iraker, die freiwillig ausreisen, können aus den Rückkehrförderungsprogrammen REAG und GARP von Bund und Ländern verstärkt gefördert werden. Die Bundesregierung forderte Buß auf, die Länder über die weitere Entwicklung der Situation im Irak zu unterrichten.

### **Bleiberechtsregelung für afghanische Staatsangehörige**

Die Innenministerkonferenz werde sich in diesem Jahr auch mit der Frage einer Bleiberechtsregelung für afghanische Staatsangehörige befassen. Aus humanitären Gründen und zur Vermeidung außergewöhnlicher Härten sei es notwendig, in bestimmten Fällen auf die Durchsetzung der Rückkehrverpflichtung zu verzichten, sagte Buß.

Insbesondere alte Menschen, die in Afghanistan keine Familie, dafür aber im Bundesgebiet Kinder oder Enkel mit dauerhaftem Aufenthalt oder deutscher Staatsangehörigkeit haben, sollten nach Ansicht von Buß ein Bleiberecht bekommen. Das gelte auch für Menschen, die sich seit mindestens sechs Jahren ununterbrochen in Deutschland aufhalten und seit mehr als zwei Jahren in einem dauerhaften Beschäftigungsverhältnis stehen.

"Ich appelliere an meine Kollegen im Bund und in den Ländern, bei allen ausländerrechtliche Entscheidungen die humanitären Gesichtspunkte nicht zu vernachlässigen", sagte Buß.

### **Den öffentlichen Dienst zukunftsfähig machen**

Die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes erfordert nach Ansicht von Buß weitere Reformen. Die notwendige

Modernisierung dürfe sich nicht auf Beamte beschränken, da die Mehrheit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seien. "Wir brauchen im Beamtenrecht und in den Tarifverträgen mehr Flexibilität und Deregulierung", sagte Buß. Das gelte besonders für das Besoldungs- und Tarifrecht.

### **Vereinheitlichung des Dienstrechts für alle Beschäftigten**

Buß unterstrich die Forderung der schleswig-holsteinischen Landesregierung nach Vereinheitlichung des Dienstrechts für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, also für Beamte, Angestellte und Arbeiter. Die Grundzüge müssten in einem einfachen Gesetz geregelt werden, das durch Tarifverträge konkret ausgestaltet würde. Der Minister erinnerte daran, dass die Landesregierung schon frühzeitig den Weg einer konsequenten Modernisierung des öffentlichen Dienstes eingeschlagen habe. Der von einer Regierungskommission in Nordrhein-Westfalen vorgelegte Bericht über die Zukunft des öffentlichen Dienstes sei eine gute Grundlage, die Entwicklung in Bund und Ländern weiter voran zu treiben.

Ein erster Schritt zur Fortentwicklung des öffentlichen Dienstrechts ist nach den Worten von Buß die Umsetzung entsprechender Leitlinien, die die Innenministerkonferenz im November vergangenen Jahres beschlossen hat. Sie sehen Vorschläge für ein flexibleres Laufbahnrecht, einen stärkeren Personalaustausch zwischen Verwaltung und Wirtschaft und ein besseres Personalmanagement im öffentlichen Dienst vor.

Verantwortlich für diesen Presstext:  
Thomas Giebeler, Innenministerium  
Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel  
Tel: 0431/988-3007, Fax: 0431/988-3003  
E-Mail: [Pressestelle@im.landsh.de](mailto:Pressestelle@im.landsh.de)

Absender: Innenministerium

Kontakt: [pressestelle@im.landsh.de](mailto:pressestelle@im.landsh.de)